

Kölner Erwerbslosen-Anzeiger

Engagierte Zeitung von Erwerbslosen für Erwerbslose und solche, die es werden könnten

Zahltage im Dezember

Mehrere Aktionstage in der ersten Dezemberwoche — Beginn am 1. Dezember

Schon mehrfach rückten selbstorganisierte Erwerbslose und solidarische Mitstreiter den unterschiedlichen ARGE-Standorten in Köln auf die Pelle, besetzten das Foyer, Flure oder Büros, um die Interessen einzelner Betroffener – meist in Sachen „Geldleistungen“ – erfolgreich durchzusetzen.

Die Kampagne 'Zahltag!' - die bundesweit von sich Reden machte und deren Aktionsform in mehreren Städten fortgeführt wird – soll in Köln lebendig gehalten werden. Am 01. Dezember gibt es gegen 08:00 Uhr an der ARGE Luxemburger Str. den Startschuss zu 'Zahltag! XXL'. Erneut wollen sich Menschen solidarisch treffen, sich gegenseitig helfen und gemeinsam ihrem Unmut gegen das Menschen verachtende Machwerk namens „Hartz-IV“ vor Ort Ausdruck verleihen. Das Kürzel „XXL“ deutet darauf hin, dass es sich dieses Mal um nicht nur einen Aktionstag handeln wird.

Nähere Informationen soll es in Kürze unter www.zahltag-jetzt.org geben.

Beistände / Begleiter zur ARGE organisieren Alarmliste

Im Zusammenhang der 'Zahltag!'-Kampagne trafen sich bereits im Sommer dieses Jahres Vertreter verschiedener Initiativen, zu denen Engagierte aus den Spektren der Gruppe 'Agenturschluss', der gewerkschaftlichen Basis, der KEAs, des Erwerbslosenforum Deutschlands, Antifa, 'Kein Mensch ist illegal' u.a. gehörten, um im Rahmen einer „Vollversammlung“ über die Möglichkeiten gemeinsamer Proteste gegen HartzIV zu sprechen. Die Gespräche werden fortgesetzt und die bishe-

rigen Ergebnisse können sich sehen lassen. Eine Gruppen übergreifende „Alarm-Mailingliste“ koordiniert seit kurzem Begleitungen zur ARGE für all jene, die nicht allein in die Höhle des Löwen wollen. Dadurch kommt es hin und wieder zu spontanen Aktionen, wenn sich dank dieser Liste 10 und mehr Beistände spontan verabreden.

Neue Hartz-IV-Beratungsstelle in der Südstadt Neben der montäglichen Rechtsberatung der KEAs hat mit der „Projektgruppe Hartz-IV“ der Linkspartei in Köln eine weitere

ARGE-unabhängige Beratungsstelle in der Südstadt eröffnet, deren Beistände sich ebenfalls in besagter 'Alarmliste' zur Verfügung stellen. Metzger Str. 24, Di 15:00 – 18:00 Uhr, Do 09:00 – 11:00 Uhr. (KEA)



1-€-Jobs sind inakzeptabel! Es gibt viele Möglichkeiten, sie zu vermeiden. Sprecht uns an!

Impressum

Herausgeber:



Die KEAs
Kölner Erwerbslose in
Aktion e.V.

Redaktion:
Kölner Erwerbslosen Anzeiger
Stephathstr. 11, 51103 Köln
info@die-keas.de
www.die-keas.de

Der Kölner Erwerbslosen-Anzeiger erscheint monatlich im Selbstverlag. Redaktion: Jochen Lubig (Jlk, Chefredakteur), HP Fischer (hpf), H. Naumann (nau). Redaktionsschluss: Eine Woche vor Monatsende.

Bezugsquellen

Wir verteilen den KEA meist am 1. Werktag im Monat vor der Arbeitsagentur Luxemburger Str. und anderen Agenturen/ARGen. Zudem liegt der KEA u.a. hier aus:

GGs-Büro, Stephathstr. 11 (Kalk)
DGB-Haus, Hans-Böckler-Pl. 1, 2.
OG.

Berichte / Briefe

Ihr habt etwas Unglaubliches in der ArGe oder der Agentur erlebt? Ihr wolltet schon immer mal die Presse einschalten, doch die Presse ignoriert Euch? Schreibt uns per Email oder Post. Adressen siehe oben.

Offenes Treffen

Jeden Donnerstag veranstalten wir ein offenes Treffen für Interessierte: Beginn: 17:00 Uhr in der Stephathstr. 11 (Haltestelle Kalk Kapelle).

Es geht auch ohne 1-€-Jobs!

SSK - Sozialistische Selbsthilfe Köln

Salierring 37/41 (nähe Barbarossapl.) Tel. Köln 21 31 75. Gebrauchtmöbel und Trödeladen Di-Fr 10-13 Uhr und 14-18 Uhr. Sa 11-14 Uhr (nur Möbellager).

www.sozialistischeselbsthilfekeoeln.de

„Lebensmittelgutscheine“ verweigern — Bargeld verlangen!

Lebensmittelgutscheine gehören zu den so genannten „Sachleistungen“, die in Ausnahmefällen an Hilfebedürftige ausgegeben werden können und sind darüber hinaus ein hochgradiges Instrument öffentlicher Demütigung (an der Kasse des Supermarktes) und Entmündigung, sofern der Betroffene nicht mehr selbst über seinen Einkaufsladen und die Art der Ausgabe dieser Leistung bestimmen kann (Alkohol und Tabak z.B. sind Tabu). Die Leistung erfolgt nicht zusätzlich, sondern ersatzweise an Stelle der Regelleistung in Form von Geld.

Bei unwirtschaftlichem Verhalten, Drogen- oder Alkoholabhängigkeit

Gesetzlich geregelt ist die Anwendung von Sachleistungen im § 23, Abs. 2 SGB II:

„(2) Solange sich der Hilfebedürftige, insbesondere bei Drogen- oder Alkoholabhängigkeit sowie im Falle unwirtschaftlichen Verhaltens, als ungeeignet erweist, mit der Regelleistung nach § 20 seinen Bedarf zu decken, kann die Regelleistung in voller Höhe oder anteilig in Form von Sachleistungen erbracht werden.“

Mit diesem Passus sind auch die eigentlich engen Grenzen ihrer Anwendung beschrieben, insofern Unwirtschaftlichkeit, Drogen- und Alkoholabhängigkeit keine spekulative Diagnose irgend eines PAP's sein darf, sondern hinreichend festgestellt werden muss.

Immer wieder gibt es völlig normale Lebensumstände, die völlig normale Menschen dazu zwingen, das Konto zu überziehen oder sich anderweitig kurzfristig und minimal zu verschulden. (Die Bundesregierung macht dies seit Jahr und Tag!) Selbst für Hartz-IV-Betroffene ist ausdrücklich die Möglichkeit des Vorschusses bzw. eines Darlehens gesetzlich festgeschrieben. Mit Unwirtschaft-

lichkeit, Drogen- oder Alkoholabhängigkeit hat dies nur in den seltensten Fällen zu tun. Oft ist die ARGE selbst der Verursacher, wenn z.B. das Alg-2 nicht pünktlich oder nicht vollständig überwiesen wurde. (Mal ganz zu schweigen davon, dass der Regelsatz grundsätzlich zu niedrig ist.)

Ohne Rechtsgrundlage

Um so frecher und ehrabschneidend ist es, wenn selbst in solchen Fällen in der ARGE Köln immer wieder der „Lebensmittelgutschein“ zum Einsatz kommt und damit den Betroffenen eines der drei o.g. Kriterien unterstellt wird. Da sich dies also in der Regel mit keiner Rechtsgrundlage deckt, sind Lebensmittelgutscheine konsequent zu verweigern. Bitten Sie Hartz-IV-Betroffene aus dem Wartebereich um solidarische Hilfe, suchen Sie notfalls das Gespräch mit dem Teamleiter oder treten Sie direkt an den Weg zur ARGE-Geschäftsführung an (Luxemburger Str., Etage 10). Das Recht und der Erfolg ist hier (ausnahmsweise) auf Ihrer Seite!

Ein Tipp zur Wirtschaftlichkeit

Sofern sich der Lebensmittelgutschein in den wenigen ggf. begründeten Fällen nicht vermeiden lässt, achten Sie auf Mehrwegprodukte. Flaschenpfand bringt bares Geld, über das Sie dann wiederum frei verfügen können. (KEA)

Die Gerechtigkeitslücke

Ottmar Schreiner (noch SPD) warnt in seinem Buch „Die Gerechtigkeitslücke“ deutlich vor den Folgen der jetzigen Politik, was schon im Untertitel klar wird: „Wie die Politik die Gesellschaft spaltet“ Das Buch liefert eine beeindruckende Faktensammlung. Schade, dass das Buch nach dem 3. Armutsbericht der Bundesregierung erschien, aber auf diesem nicht mehr eingehen konnte.

Ottmar Schreiner benennt zutreffend und kritisch die Situation unserer Gesellschaft: Hartz-IV, Niedriglohn, Altersarmut, Neo-Tagelöhnertum, Bildungsmisere, Vermögens- und Einkommensverteilung zu Gunsten der Reichen. Dabei bietet er Lösungsansätze an, die

weder neu noch revolutionär aber umsetzbar sind.

Schreiner verfällt in seinem Werk leider der medialen Methode, auf die „neue Armut“ der Mittelschicht zu schauen und übersieht dabei die existierende, reale und Existenz bedrohende Armut in der Gesellschaft.

Wer regelmäßig den Kölner Erwerbslosen Anzeiger liest und/oder archiviert erfährt wenig neues. Gut aber, dass Schreiner so viele Fakten zusammengetragen hat und uns im Rahmen seines Buches nun ein wichtiges Quellenverzeichnis liefert.

272 S., € 19,90, ISBN 978-3549073490

Widerspruch jetzt!

Rechtsanwältin Claudia Fittkow aus Kassel rät aktuell:

Lasst bitte keinen einzigen Bescheid mehr bestandskräftig werden, sondern legt wegen der Höhe der Regelleistung und unter Hinweis auf den Vorlagebeschluss des LSG Hessen vom 29.10.2008 im Rechtsstreit L 6 AS 336/07 sowie dem PKH-Beschluß des BVerfG im Rechtsstreit 1 BvR 1523/08 immer Widerspruch ein!

Absender:	
Name	
Straße	
PLZ/Ort	
Kunden-Nummer / Nummer der Bedarfsgemeinschaft:	
.....	
An	
.....	
.....	
.....	
.....	
.....[Ort], den[Datum]	
Widerspruch gegen Ihren Bescheid vom	
Sehr geehrte Damen und Herren!	
Gegen Ihren Bescheid über Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) vom [Datum], mir zugegangen am [Datum],	
lege ich hiermit WIDERSPRUCH ein.	
Begründung:	

Widerspruch ist möglich! Das ist gut gesagt, aber wie getan? Zunächst einmal ist es grundsätzlich möglich gegen jeden Bescheid einen Widerspruch einzulegen. (siehe Abbildung) Zur Fristwahrung ist die Begründung noch nicht notwendig. Dann muss man aber dazu schreiben, dass diese folgt. In unserem konkreten Fall begründen wir den Widerspruch mit der Höhe der zugestanden Leistung in Verbindung mit dem gesetzlich festgelegten Regelsatz. Die Hartz IV-Regelleistungen decken nicht das soziokulturelle Existenzminimum von Familien und verstoßen gegen das Grundgesetz. Dies stellte das Hessische Landessozialgericht in Darmstadt in einem am 29.10.2008 veröffentlichten Urteil fest. Nach mündlicher Verhandlung beschloss der 6. Senat, ein entsprechendes Verfahren dem Bundesverfassungsgericht vorzulegen. Eben darauf wird in der Begründung ausführlich verwiesen. Nachrichten, Kommentare und Reaktionen zum Urteil findet man im Internet. Au-

Berdem verweisen wir auf die beim BVerfG nun endlich angekommene Verfassungsbeschwerde, Az: 1 BvR 1523/08 bezüglich der Regelsatzhöhe. (Verfassungsbeschwerde der Frau D. H. - unmittelbar gegen den Beschluss des Bundessozialgerichts vom 15. April 2008 - B 14/11b AS 41/07 B - mittelbar gegen § 20 SGB II - Grundsicherung für Arbeitssuchende wegen Unvereinbarkeit mit Artikel 1 Abs. 1 i.V.m. Artikel 2 Abs. 1, Artikel 20 Abs. 3 i.V.m. Artikel 80 Abs. 1 GG - 1 BvR 1523/08 -)

Abgeschlossen wird der Widerspruch dann noch mit der folgenden Bitte: **Da bereits von dem Weg des § 90 Abs. 2 S. 1 BVerfGG Gebrauch gemacht worden ist, bitte ich das mich betreffende Widerspruchsverfahren solange auszusetzen, bis die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vorliegt.**

Dann unterschreiben und ab damit.

Da die argen ARGEN dem Ersuchen nach Ruhen des Widerspruchsverfahrens in der Regel nicht folgen, muss man eben Klage beim zuständigen SG eingereichen.

In der Klageschrift zum Schluss mit Hinweis auf die Verfassungsbeschwerde beim BVerfG das Ruhen des Verfahrens gemäß § 202 SGG in Verbindung mit § 251 ZPO beantragen.

Hiermit beantrage ich, meine Klage bis zur Entscheidung der Verfassungsbeschwerde, Az: 1 BvR 1523/08, gem. § 202 SGG in Verbindung mit § 251 ruhenzulassen.

Warum das ganze, wenn doch schon jemand klagt? – Weil es oftmals höchststrichterliche Entscheidungen gab, dass entsprechende positive Urteil nicht auf alle, sondern nur auf Beschwerde führende angewendet werden sollen. Durch Wider-

Warum Überprüfungsantrag bzw. Widerspruch mindestens 1 Tag vor der Entscheidung des BVerfG? Auskunft geben § 40 Abs. 1 Nr. 1 SGB II i.V.m. § 330 Abs. 1 SGB III. Denn ab Tag der Entscheidung, positiv im Sinne der Betroffenen, gibt es rückwirkend nichts mehr. Es sei denn, die Bescheide sind nicht bestandskräftig geworden.

spruch und Klage sind wir dabei!

Außerdem ist es möglich Bescheide deren Widerspruchsfrist abgelaufen ist durch einen Antrag gemäß § 44 SGB X aufheben zu lassen. Ebenfalls mit Hinweisen auf die laufenden Verfahren und ebenfalls mit der Bitte den Antrag ruhen zu lassen bis die höchststrichterliche Entscheidung gefällt wird

§ 44

Rücknahme eines rechtswidrigen nicht begünstigenden Verwaltungsaktes

(1) Soweit sich im Einzelfall ergibt, dass bei Erlass eines Verwaltungsaktes das Recht unrichtig angewandt oder von einem Sachverhalt ausgegangen worden ist, der sich als unrichtig erweist, und soweit deshalb Sozialleistungen zu Unrecht nicht erbracht oder Beiträge zu Unrecht erhoben worden sind, ist der Verwaltungsakt, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, mit Wirkung für die Vergangenheit zurückzunehmen.

Notizen

Eigenbeteiligung in der Beratungshilfe soll erhöht werden: Der Bundesrat hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Beratungshilferechts beschlossen. Danach soll die Eigenbeteiligung der Ratsuchenden von 10 Euro auf 30 Euro erhöht werden, wenn ein Rechtsanwalt nicht nur mündlich berät, sondern auch Schriftsätze verfasst. Hintergrund der Gesetzesinitiative der Länder ist die Zunahme der Klagewelle im Rahmen der Hartz IV-Gesetzgebung.



Mehrbedarfe **sollen** nicht mehr berücksichtigt **werden**
 Bei folgenden Krankheiten:
 Hyperlipidämie (Erhöhung der Blutfette), Hyperurikämie (Erhöhung der Harnsäure im Blut), Gicht (Erkrankung durch Harnsäureablagerungen), Hypertonie (Bluthochdruck), kardi-nale und renale Ödeme (Gewebswasseransammlungen bei Herz- oder Nierenerkrankungen), Diabetes mellitus (Zuckerkrankheit - Typ II und Typ I, konventionell und intensiviert konventionell behandelt), Ulcus duodeni (Geschwür am Zwölffingerdarm), Ulcus ventriculi (Magengeschwür), Neurodermitis (Überempfindlichkeit von Haut und Schleimhäuten auf genetischer Basis), Leberinsuffizienz.
 Angeblich sei vollwertige Ernährung bei preisbewusster Einkaufsweise mit ca. 4 EUR für Vollkost täglich möglich, schreibt der Deutsche Verein (Zusammenschluss der öffentlichen und freien Träger sozialer Arbeit für öffentliche und private Fürsorge) dessen Empfehlungen gemäß einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes besondere Bedeutung haben. Betroffene sollten auf jeden Fall Widerspruch einlegen!

Mietzuschuss für Bafög-Empfänger
 Studenten und Auszubildende, die im Prinzip nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (Bafög) gefördert werden können, haben keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II. Dennoch können sie einen Mietzuschuss nach dem SGB II beanspruchen, wenn sie mit Eltern, die ALG 2 erhalten, in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Das entschied der 9. Senat des Hessischen Landessozialgerichts (Az.: L 9 AS 215/07 ER).

Pfändungsschutz
 Sozialhilfe und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung können nicht gepfändet oder von der Bank einbehalten werden - auch nicht, wenn Ihr Konto überzogen ist. Das steht klipp und klar im § 17 des SGB XII. Bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende wurde eine solche klare Regelung nicht ins Gesetz (SGB II) aufgenommen, obwohl diese ja nicht mehr Geld vom Amt erhalten, als die Sozialhilfeberechtigten. Beziehende von Grundsicherung für Arbeitsuchende können sich daher nur auf die allgemeinen Pfändungsschutzregelungen für Sozialleistungen berufen, die im Sozialgesetzbuch I (SGB I) stehen.

Grundsätzlich ist die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach den gleichen Bestimmungen, wie sie für Erwerbseinkommen gelten, pfändbar. Für alle Arten von regelmäßig wiederkehrenden Einkünften, die nicht ausdrücklich unpfändbar sind, gelten die Pfändungsfreigrenzen der Zivilprozessordnung (ZPO). Weil aber die aktuellen Pfändungsfreigrenzen regelmäßig deutlich über dem gesetzlich definierten Existenzminimum liegen, ist Arbeitslosengeld II zurzeit zwar nicht gesetzlich, aber tatsächlich unpfändbar.

EIN Beistand können mehrere Personen sein
 In einem Beschluss des Sozialgericht Kassel vom 12.09.08 (Az_S_7_AS_554_08_ER) stellen die Richter fest, dass das Wort „einem“ in §13 Abs. 4 Satz 1 SGB X vom Gesetz nicht als Zahlwort verwendet wird. Nach dem Sinn und Zweck der Regelung sei vielmehr davon auszugehen, dass sich der Beteiligte der Unterstützung auch von mehr als einem Beistand bedienen dürfe, wenn er dies für geboten halte.

Zitat:

„Der Name, mit dem wir unsere politische Ordnung bezeichnen, heißt Demokratie, weil die Angelegenheiten nicht im Interesse weniger, sondern der Mehrheit gehandhabt werden.“
Perikles Thuk. II 37

(wörtlich: Die Verfassung, nach der wir leben, (...) Mit Namen heißt sie, weil der Staat nicht auf wenige Bürger, sondern auf eine größere Zahl gestellt ist, Volksherrschaft.)

Infos & Hilfe

Beratungsstelle n
 ABC H ö h e n h a u s , V o n - K e t t e l e r - S t r . 2 , 5 1 0 6 1 K ö l n - H ö h e n h a u s , T e l . 6 4 6 6 4 1

Ech o , A b e n d r o t h s t r . 2 0 - 2 2 , 5 0 7 6 9 K ö l n - S e e b e r g , T e l . 7 0 0 8 7 0 3

K A L Z , D G B - H a u s , H a n s - B ö c k l e r - P l . 1 , 2 . O G . , T e l . 5 4 6 1 0 7 4

V i n g s t e r T r e f f , W ü r z b u r g e r S t r . 1 1 a , 5 1 1 0 3 K ö l n - V i n g s t , T e l . 8 7 5 4 8 5 .

B e s c h w e r d e s t e l l e A r G e K ö l n
 F e h l e r h a f t e A L G I I - B e s c h e i d e ? P r o b l e m e m i t d e m / d e r S a c h b e a r b e i t e r / i n ? » v e r s c h w u n d e n e « U n t e r l a g e n ? k e i n e n p e r s ö n l i c h e n A n s p r e c h p a r t n e r ? H i e r f i n d e n S i e d i e B e s c h w e r d e s t e l l e d e r A r G e : i n d e r A g e n t u r f ü r A r b e i t L u x e m b u r g e r S t r . , 1 0 . S t o c k .

B u c h s t a b e A , D , L , R , V / Y : F r a u G r e v e r s - P i e c k , Z i . 1 0 3 0 , T e l . 0 2 2 1 - 9 4 2 9 - 8 3 8 1 .

B u c h s t a b e B , S , T , U , X : H e r r H e r z o g e n r a t h , Z i . 1 0 1 7 , T e l . 0 2 2 1 - 9 4 2 9 - 8 2 1 0 .

B u c h s t a b e C , E - K : H e r r G o t t s c h l i c h , T e l . 0 2 2 1 - 9 4 2 9 - 8 3 7 8 , Z i . 1 0 0 1 .

K ö l n e r M o n t a g s d e m o
 J e d e n M o n t a g 1 8 : 0 0 v o r d e m D o m .

A b k ü r z u n g e n
 A L G - I I : A r b e i t s l o s e n g e l d I I (a u c h H a r t z - I V g e n a n n t) • A r G e : A r b e i t s g e m e i n s c h a f t z w i s c h e n d e r G e m e i n d e u n d d e r A r b e i t s a g e n t u r • A z : A k t e n z e i c h e n • B A : B u n d e s a g e n t u r f ü r A r b e i t • B S G o d e r B s o z G : B u n d e s s o z i a l g e r i c h t • B T - D r u c k s a c h e : B u n d e s t a g s - D r u c k s a c h e • D i M a : D i s a b i l i t y M a n a g e m e n t d e r A R G E [D i s a b i l i t y = B e h i n d e r u n g] • K E A : K ö l n e r E r w e r b s l o s e n - A n z e i g e r • D i e K E A s e . V . : K ö l n e r E r w e r b s l o s e i n A k t i o n e . V . • P A P : P e r s ö n l i c h e r A n s p r e c h p a r t n e r • S G B : S o z i a l g e s e t z b u c h

Ärger mit der ARGE?

Die KEAs bieten jeden Montag, zwischen 11:00 und 14:00 Uhr, eine Sprechstunde für Hilfe bedürftige Erwerbslose an. Steprathstr. 11 in Kalk (U »Kalk Kapele«, Linien 1 und 9).

ARGE macht obdachlos

Eine ARGE in Süddeutschland zahlt entweder gar nicht oder viel zu wenig. Der „Kunde“ kann die Miete nicht mehr zahlen und wird obdachlos. In seinem Wohnort kann er keine Hilfe erwarten, also flieht er nach Köln zu seinen Verwandten. Aber auch die Kölner Behörden sehen zynisch ihre Aufgabe darin, Obdachlose abzuschrecken anstatt ihnen zu helfen.

November 2006 – Süddeutschland. Ein über sechzigjähriger freischaffender Künstler ging seiner Tätigkeit nach. Doch das Geschäft ging schlecht. In Zeiten von Hartz-IV ist die Kunst das erste Bauernopfer. Wenn bei den meisten nicht einmal Geld für das Lebensnotwendigste wie Nahrung, Miete und Medikamente vorhanden ist, verkauft sich Kunst immer weniger. Schließlich kann auch der Künstler, der zuvor sein Leben und seine Familie jahrzehntelang davon ernähren konnte, nicht mehr genügend einnehmen.

Der Antrag

Er beantragt Alg-II. Dies wird ihm nur als Darlehen gewährt, „da er in den letzten 11 Monaten zuviel verdient hätte.“ Obwohl er schwer krank ist, übernimmt die Arbeitsagentur keine Krankenversicherungsbeiträge. Der Darlehensbetrag ist so gering bemessen, dass er seinen alltäglichen Bedarf nicht ansatzweise begleichen kann.

Der Kampf beginnt

Gegen diese Vorgehensweise geht er sozialgerichtlich vor. Im Dezember 2006 ist es plötzlich doch möglich, Alg-II ohne Darlehensverpflichtungen zu bewilligen. Jedoch nicht in voller Höhe und natürlich nicht rückwirkend, sondern erst ab erneuter Antragstellung. Auch gegen diesen Bescheid geht unser Künstler sozialgerichtlich vor. Erneut erfolgreich. Doch die süddeutsche ARGE erfüllt ihre offenen Zahlungsverpflichtungen aus dem Vorzeitraum nicht.

Obdachlos!

Anfang Juni wendet sich der Kunde erneut ans Sozialgericht, um die Bewilligungsbescheide von März und Mai anzufechten, wieder ist er erfolgreich. Doch dieser ganze Kampf dauert zu lang. Er verliert Anfang Juli seine Wohnung und ist von da an ohne festen Wohnsitz, schwerkrank und mittellos, freilich mit berechtigten Forderungen an die ARGE. Aber das hilft ihm wenig. Auch er flieht nach Köln. Die schlechten Erfahrungen mit der süddeutschen ARGE führen dazu, dass das Ehepaar keine Bedarfsgemeinschaft bilden möchte, da sie befürchten, erneut in einen 1-€-Job gedrückt zu werden. Deshalb schläft der Mann eine Woche im Auto.

Stadt Köln hilft nicht

Körperlich völlig am Ende lässt er sich in eine einschlägige Hotelunterkunft durch das Wohnungsamt Kalk ein-

weisen. Das Hotel spottet jeder Beschreibung; er soll sich das winzige Zimmer mit einem Fremden teilen. Er verweigert sich und hat mittlerweile die KEAs eingeschaltet. Mit dessen Unterstützung findet er ein besseres Zimmer, das sogar preiswerter ist. Aber das Wohnungsamt bewilligt diese Unterbringung nicht, da „die Vermieter nicht Vertragspartner der Stadt Köln sind.“ Nach einem Anruf beim Chef der Reso-Abteilung in Köln Kalk, wunderte sich dieser und meinte, Mehrbettzimmer würden nur Jugendlichen sozusagen als Abschreckung („Abenteuer Obdachlosigkeit in Köln“) zugeteilt und er würde sich erkundigen, wie das passieren konnte. Schließlich bat er uns am Montag, die zuständige PAP aufzusuchen, um ihn angemessen unterzubringen. Er würde den Fall noch einmal „individuell prüfen“.

Hotelzimmer ist keine Wohnung!

Gesagt, getan und schon war eine Unterbringung in einem kleinen Einzelzimmer möglich. Das dies für Niemanden ein Dauerzustand sein kann, liegt wohl auf der Hand. Im Hotel besteht keine Möglichkeit, selbst zu kochen. Es entstehen Mehrkosten, die im Regelbedarf nicht abgegolten sind. Zudem müssen die Menschen ohne Wohnsitz, die in den Hotels untergebracht werden, sich jeden Abend zeitig zurückmelden. Die Anwesenheit wird von den Hausverwaltungen mit Argusaugen überprüft. Bei Nichteinhaltung der Anwesenheitspflicht, aber auch bei anderen „Verstößen“ (angebliche Unsauberkeit etc.) melden die Hausverwaltungen dies direkt ans Wohnungsamt. Außerdem werden ihm ohne Begründung € 31,59 vom Regelsatz abgezogen. Er legt Widerspruch ein. Existenzielle Sicherheit will sich auch in der Hotelunterbringung nicht einstellen.

Tricks und Spielchen des Wohnungsamtes

Unser leidgeprüfter, ruhebedürftiger ARGE-Kunde beginnt also sofort die Wohnungssuche mit der Beantragung eines WBS. Zunächst erhält er nur einen „Allgemeinen WBS“, der von den gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften nicht akzeptiert wird. Angesichts seiner Mietschulden und der völlig unrealistischen Mietvorstellungen der ARGE bleiben ihm aber nur diese Gesellschaften, um eine Wohnung zu finden. Also muss er erneut zum Wohnungsamt und einen WBS mit

Dringlichkeitsstufe beantragen. Der wird ihm natürlich nicht sofort ausgehändigt. Drei Wochen lang passiert nichts. Noch einmal muss er zum Wohnungsamt und wird von einem Zimmer zum nächsten geschickt („da bin ich nicht zuständig, das habe ich nur in Vertretung gemacht“). Schließlich bekommt er den WBS, allerdings nur mit der Dringlichkeitsstufe 13. Das bedeutet übersetzt eine Wartezeit von 2 Jahren. „Denn nach einem Ratschluss der Stadt Köln“, so eine Mitarbeiterin des Wohnungsamtes, „sollen zuerst die Kölner vermittelt werden.“ [Vgl. Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland Artikel 3 (3) (Gleichheit vor dem Gesetz)].

Ein Schritt vor – zwei zurück

Nachdem sein Beistand wiederholt auf die kritische gesundheitliche Situation des Kunden hinwies, ließ man das As namens „Maklergutschein“ aus dem Ärmel und gab uns einen neuen Termin. Bei diesem neuen Termin stellte sich dann heraus, dass der Maklergutschein direkt hätte ausgestellt werden können. Die entsprechenden Makler könne sie jedoch nicht nennen: „das wäre unlauterer Wettbewerb! Sie müssen sich die gelben Seiten nehmen und alle abtelefonieren.“

Nur ein toter Armer ist ein guter Armer

Natürlich hat der Kunde in seinem Hotel keinen Telefonanschluss. Hier baut das Amt wahrscheinlich wieder auf das private soziale Netzwerk. Tja, und wer das nicht hat, hat eben verloren. Diese kleine Geschichte aus dem Alltag eines von der ARGE obdachlos gemachten Menschen zeigt, dass die ARGE ohne Rücksicht auf die Gesundheit Menschen grundlos schikaniert, in Not bringt und letztlich dessen Tod billigend in Kauf nimmt.

Happy End?

Die KEAs kümmern sich um den Fall. Sie verhandeln mit Stadt Köln (Sozialamt und Wohnungsamt), reden mit der GAG und einigen Anderen und können erreichen, dass „ausnahmsweise“ eine Wohnung akzeptiert wird, die nur unwesentlich über der von der Stadt Köln festgelegten Mietobergrenze liegt, da eine andere Wohnung nicht zu finden war. Er kann endlich einziehen. — Und was ist mit den anderen, die in den Hotels vegetieren oder lieber gleich unter der Brücke schlafen?

(dru)

Kapitalismus verteidigen Gürtel enger schnallen

Man hört, dass der kommunistische Berliner Verlag Karl Dietz schon eine Verdreifachung der Nachfrage nach der Neuauflage von Karl Marx' „Das Kapital“ meldet. Die Frankfurter Rundschau erschien mit einer roten Titelseite. Marx ist darauf abgebildet, darüber steht in großen Lettern »Die Pleite des Kapitalismus« und an über 30 Hochschulen organisiert der Studierendenverband der Linkspartei Lesekreise zu Marx' Hauptwerk »Das Kapital«. Werden uns diese oft scharfsinnigen Beobachtungen des 19. Jahrhunderts helfen? Unabhängig davon, ob sich der Kapitalismus selbst oder nach wie vor Marx verhöhnt, werfen wir einen Blick in die Gegenwart.



14.03.08
Der sozialdemokratische Finanzminister verkündet: „Fünf Jahre Erfolg der Reformen Agenda 2010: Ein Kürzel für mehr Chancengerechtigkeit“. Er fabuliert: „einen leistungsfähigen, finanzierbaren Sozialstaat zu schaffen (...)Heute profitieren wir von den Erfolgen dieser Veränderungen: Die deutsche Wirtschaft befindet sich – trotz Finanzmarkturbulenzen – in einer konjunkturell robusten Verfassung (...) Die Erfolge der Agenda-Reformen zeichnen sich heute klar ab: Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit zwölf Jahren nicht.“

Nicht der Wirtschaftsaufschwung sorgte für Arbeitsplätze, sondern die Agenda 2010. Die jetzt anstehende Rezession wird Arbeitsplätze vernichten, obwohl die Agenda nach wie vor besteht. CSU-Rampensau Ramsauer würde das als „Dualität der Wahrheit“ bezeichnen. (Zweiheit, lat. dualis = "zwei enthaltend")

31.03.08
Der Sozialdemokrat erklärt, warum der kleine Mann weiter den Gürtel enger schnallen muss: „Das gemeinsame Ziel der Großen Koalition, die Neuverschuldung im Bund auf Null zurückzufahren, darf jetzt nicht gefährdet werden. (...) Disziplin ist deshalb das Gebot der Stunde. In den Verhandlungen zum Bundeshaushalt kön-

nen nicht alle Begehrlichkeiten erfüllt werden.“ So oder so ähnlich klingt es, seit die Sozialdemokraten 1998 unter Schröder an die Regierung kamen und Arbeitslosengeld und Renten kürzten, Arbeitslosenhilfe abschafften und dabei den Spitzensteuersatz senkten.

Parallel dazu kam die radikale Deregulierung des Arbeitsmarktes wie etwa die Entfristung der Leiharbeit unter Rot-Grün und andere Vorgaben der Agenda 2010, die allesamt zu einer massiven Ausweitung des Niedriglohnssektors und zur Senkung des Lohnniveaus geführt haben. Umverteilung von unten nach oben nennt man das.

22.10.08
Der 'stern' meldet, dass die Deutschen Kanzlerin Angela Merkel (CDU) abnähmen, dass das Rettungspaket für die Banken dem Schutz der Menschen diene. Forsa-Chef Manfred Güllner meint dazu: "Das war genau das, was die Leute hören wollten, was sie erwarteten".

Seit zehn Jahren erklären uns sozialdemokratische Finanzminister (Lafontaine, Eichel, Steinbrück – allesamt ehemalige Ministerpräsidenten) dass wir den Gürtel enger schnallen müssen. Der Sozialstaat wurde demonitiert, um angeblich den Haushalt zu konsolidieren. Alle Forderungen nach sozialen Verbesserungen wurden un-

ter diesem Vorwand brüsk zurück gewiesen. Jetzt in der Wirtschaftskrise kann die CDUSPD-Regierung und mit ihr der sozialdemokratische Finanzminister Steinbrück, innerhalb weniger Tage mehrere Milliarden locker machen. Haushaltskonsolidierung ist aus der Mode gekommen. Wir müssen aber weiter den Gürtel enger schnallen, schließlich muss der Kapitalismus gerettet werden.

Das Kapital kostenlos

Im Internet unter www.marx-forum.de/das_kapital/inhalt.html gibt es eine Kurzfassung von Karl Marx' „Das Kapital“ kostenlos zum online lesen. Diese verzichtet auf die Vertiefung von Einzelfragen, bietet aber den vollständigen Gedankengang von Marx' Hauptwerk im Zusammenhang und in seinen eigenen Worten. Jedem neuen Abschnitt wird eine Zusammenfassung des bisherigen Gedankengangs vorangestellt. Wo es dem Verständnis dient, wurden Fremdwörter, Maßeinheiten und teilweise auch Zahlenbeispiele modernisiert.

www.ml-werke.de veröffentlicht die vollständigen Texte kostenlos.
www.anarchismus.at/theoretiker.htm hält weitere interessante Werke bereit.